

PRESSEMITTEILUNG

der Stadt Mülheim an der Ruhr



verantwortlich:

Volker Wiebels (Pressesprecher

Anke Degner (Stellv. Pressesprecherin)

Tel.: 02 08 / 4 55 -13 50 / -13 53

Fax: 02 08 / 4 55 58 - 13 50 / - 13 53

Handy: 0171 / 5 52 71 28 und 01 60 / 96 39 07 78

E-Mail: Volker.Wiebels@stadt-mh.de /

Anke.Degner@stadt-mh.de

Internet: <http://www.muelheim-ruhr.de>

Donnerstag, 23. September 2010

OB Dagmar Mühlenfeld fordert:

**„Druck auf Bund muss aufrecht
erhalten werden“**

**Gemeinsam Zukunft der NRW-Kommunen
nachhaltig sichern**

Kooperation und Verlässlichkeit - nach dieser Devise will die Landesregierung gemeinsam mit den Oberbürgermeistern, Landräten und Kämmerern von 27 notleidenden Städten und Kreisen die sich wie ein Flächenbrand ausbreitende dramatische kommunale Finanznot bekämpfen. Einigkeit bestand darin, dass das langfristige Ziel zur dauerhaften Sicherung der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Kommunen eine grundlegende Neuordnung des kommunalen Finanzwesens in gemeinsamer Anstrengung von Bund, Land und Gemeinden sein müsse. Zu diesem Ergebnis kam ein Treffen in der Staatskanzlei, zu dem **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** und **der Minister für Inneres und Kommunales, Ralf Jäger**, die Verwaltungschefs und Finanzdezernenten des parteiübergreifenden **Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden / Für die Würde unserer Städte“** eingeladen hatten.

Die Ministerpräsidentin und der Minister für Inneres und Kommunales werteten die Zusammenkunft ebenso wie die Sprecher des Aktionsbündnisses, die **Mülheimer Oberbürger-**

meisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihr **Wuppertaler Kollege Peter Jung (CDU)**, als Ermutigung für die weitere Zusammenarbeit. Ministerpräsidentin Kraft: „Städte und Gemeinden sind für uns keine Bittsteller, sondern Partner auf gleicher Augenhöhe. Wir streben eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Kommunen an. Das Land wird sie bei ihren Aufgaben unterstützen.“

„Ausdrücklich erfreut“ – so die Mülheimer Oberbürgermeisterin – zeigten sich die Kommunalvertreter über die bisherigen Ankündigungen der Landesregierung, den notleidenden Kommunen engagiert zu helfen. Aus der Sicht der Kommunen sei das zwar noch nicht genug, doch ein erster großer Schritt in die richtige Richtung. Die von der Landesregierung unter den Begriffen „Aktionsplan für Kommunalfinanzen“ sowie „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ angedachten Maßnahmen stellen daher ermutigende Schritte dar. Die Städte und Kreise des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes sowie Mönchengladbach sind froh, dass das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit seinen Kommunen für zukunftsfähige Gemeindefinanzen kämpft. Doch diese Maßnahmen allein werden nicht reichen.

Angesichts der hohen Belastung durch bundespolitisch festgelegte, aber nur unzureichend gegenfinanzierten sozialen Aufgaben, ist ohne konkrete Bundeshilfe der Haushaltsausgleich in vielen Kommunen nicht erreichbar. Der Bund muss sich endlich stärker an den Kosten beteiligen, die er selbst verursacht hat.

Das Aktionsbündnis macht seit einem Jahr massiv Druck auf Bund und Land, weil der größte Teil der kommunalen Verschuldung aus seiner Sicht eine Folge nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Land zu Lasten der Kommunen darstellt. Sie fordern für die Gemeinden Hilfe zur Selbsthilfe – und zwar sehr konkret mit dem Versprechen zu weiterem, drastischem, eigenem Sparen.

Während des Treffens übergab Frau Mühlenfeld auch einen Brief zur Weiterleitung an Landtagspräsident Uhlenberg und den Ältestenrat mit der Forderung des Aktionsbündnisses nach einer Sondersitzung des Landtages zur dramatischen Situation vieler NRW-Kommunen. Die Ministerpräsidentin wurde gebeten, dieses Anliegen zu unterstützen.

Zitate aus der Pressekonferenz:

Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld:

- „Dies war eine sehr kollegiale und freundschaftliche Gesprächsatmosphäre auf Augenhöhe.“
- „Wir müssen den Druck auf den Bund jedoch weiter aufrecht erhalten! Ich habe den Eindruck, dass das Bewusstsein für die Situation der Kommunen in Berlin noch nicht angekommen ist.“

Oberbürgermeister Peter Jung:

- „40 Oberbürgermeister, Land- und Gemeinderäte haben an dem heutigen Gespräch teilgenommen. Dies ist ein großes Signal – eine Gruppe, an der man nicht vorbei kommt.“
- „Wir sind uns als Kommunen natürlich bewusst, dass wir den Rotstift ansetzen müssen. Wir fordern jedoch Hilfe zur Selbsthilfe.“

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft:

- „Wir sind uns einig darin, dass wir voran kommen müssen. Und wir sind uns einig darüber, dass konsolidiert werden muss... Prävention ist dabei wichtig. Wir wollen die Kommunen wieder handlungsfähig machen und unseren Beitrag dazu leisten.“
- „Wir dürfen die Kommunen nicht im Stich lassen!“

Minister für Inneres und Kommunales, Ralf Jäger:

- „Die Kassenkredite in NRW sind seit 2005 von 10 auf 20 Milliarden Euro angestiegen. Wenn wir das nicht stoppen, drohen die Städte finanziell zu implodieren.“
- „Es gibt 396 Kommunen in NRW. Gemeinsam müssen wir über eine Änderung der bestehenden Gesetzes- und Erlasslage nachdenken, um die wirtschaftliche Nachhaltigkeit in unserem Land zu sichern.“

Hintergrund:

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Kommunen vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.

Ansprechpartnerin Aktionsbündnis:

Nicole Borninghoff

Stadt Mülheim an der Ruhr
Die Oberbürgermeisterin
Referat II
Ruhrstr. 1, 45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: (0208) 455-9922
Telefax: (0208) 455-58 9922
<http://www.muelheim-ruhr.de>
